

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

268 (15.11.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Wertag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: 481. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme 1/29 vorm für gedr. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Baden freie Volksrepublik.

Verzicht Großherzogs Friedrich II.

Karlsruhe, 14. Nov. Der Staatsminister a. D. Herr von Bodman teilt der provisorischen Regierung folgende Erklärung des Großherzogs mit: Ich will kein Hindernis der Neuorganisation der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiterführen und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Vaterland!

Karlsruhe, den 14. November 1918.

Herr von Bodman, Staatsminister a. D.

Aufruf zur badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 14. Nov. Die badische vorläufige Volksregierung erklärt:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.
4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.
5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt; sie tritt innerhalb 10 Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.
6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl wahlberechtigt sind.

Karlsruhe, 14. November 1918.

Die badische vorläufige Volksregierung:

Der Präsident: (gez.) Geiß.

Ein paar Tage hat also Baden den etwas zweifelhaften Ruhm genossen, der einzige förmliche Staat im Gebilde der deutschen Schwesterrepubliken zu sein. Mit dieser Herrlichkeit ist es jetzt vorbei; der Großherzog hat demissioniert. An dieser Stelle könnte höchstens die am 15. Januar kommende Jahresversammlung der Nationalversammlung etwas ändern, aber die Aussichten, daß die Republik ihre Macht wieder in die Hände eines monarchischen Staatsweins legen dürfte, sind gleich null. Der Fonds an monarchischer Anhänglichkeit ist so abgebraucht, daß selbst das natürliche Mißverständnis der einzelnen Landesfürsten keinem einzigen die Wiederkehr auf den Thron ermöglichen wird. Und zur Sentimentalität ist nach vier Kriegsjahren umso weniger Grund vorhanden, als es sich jetzt darum handelt, eine endgültige verfassungsmäßige Position zu schaffen. Das ist Sache des Kopfes, nicht des Sentiments.

Gewählt wird nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht und an diesem Recht dürfen sich zum ersten Male in Deutschland die Frauen beteiligen, welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben. Es fällt den Frauen damit eine Frucht vom Baume der Revolution, um welche sie in anderen Ländern, besonders in England, heiß und grimmig gekämpft haben. Die Forderung der Einführung des Frauenstimmrechts gehört von Anfang an zum sozialistischen Programm. Ob die Sozialdemokratie von der Gewährung des Frauenstimmrechts sehr viel zu erwarten hat, ist eine Frage, die selbst Sozialdemokraten früher mit einer Regung zum Skeptizismus erörterten. Angesichts der neuen Verhältnisse und besonders angesichts der Tatsache, daß die kirchlichen Parteien immer das alte Wort: Tacet mulier in ecclesia (In der Kirche schweige das Weib) auch auf die Politik bezogen hat, wird die politische sich bekämpfende Frau wohl wissen, in wessen Hände sie zuverlässig die Vertretung ihrer Interessen legen kann.

Amerika will helfen.

Rotterdam, 14. Nov. (WZ. Nicht amtlich.) Hier wurde folgender Funkspruch des schweizerischen Gesandten in Washington aufgefassen:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die ihre Kabelnummer 57 behält. Staatssekretär Lansing ersucht mich, folgende Antwort zu übermitteln: In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen im Obersten Kriegsrat von Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was nötig, und unter den Umständen möglich sei, geschehen werde, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbar Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle Belgier geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Absicht aus, daß mit Hilfe des stillliegenden Schiffsrumpfes der Mittelmächte es möglich sein müßte, ihre unterdrückte Bevölkerung von der furchtbaren Gefahr völliger Verelendung zu befreien und ihre Energie für die große und schwere Aufgabe des politischen Wiederaufbaus frei zu machen. Dementsprechend beauftragt mich der Staatssekretär, zu erklären, daß er bereit ist, die Unterstützung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu ziehen und die Frage sofort zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin bestehen bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt wird.

(gez.) Sulzer, Schweizerischer Gesandter.

Die Hilfsaktion.

London, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Meld. d. Reich. Bur. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage betr. die Vorkehrungen für die Versorgung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln erklärte Bonar Law, daß die Angelegenheit in die Hände eines interalliierten Nahrungsrates gelegt werde, der sofort Schritte in dieser Angelegenheit unternommen habe. Er hoffe in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Länder zu sorgen. Sollten sich jedoch Störungen der öffentlichen Ordnung ereignen, so werde die Unterstützung der Alliierten notwendigweise verzögert oder behindert werden.

Rotterdam, 14. Nov. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ melden die „Daily News“ aus New York: Die Unruhen in Deutschland haben auf die Amerikaner einen tiefen Eindruck gemacht. Deshalb werden in einigen Kreisen Lebensmittel für Deutschland und eine Erleichterung der Blockade als die erste Voraussetzung für die Sicherung des Waffenstillstandes betrachtet. Es heißt, daß Präsident Wilson einen ausgearbeiteten Plan für einen Völkerbund habe, einschließlich eines internationalen Gerichtshofes für Rechtsstreitigkeiten und einer internationalen Polizei für die Meere.

Kopenhagen, 14. Nov. Oberst Wade von der englischen Mission in Kopenhagen schreibt im „Politiken“ über die Waffenstillstandsbedingungen u. a.: Nachdem Deutschland mit Konsequenz die Militärpersonen, die die Verantwortlichkeit für den Krieg hatten, und ihre Könige und Fürsten aus dem Lande gejagt haben, stehen wir zum ersten Male dem deutschen Volke gegenüber. Unsere Aufgabe muß nun sein, nicht mehr Bitterkeit zu schaffen, sondern Verständnis zu erreichen und ruhige und vernünftige Verhältnisse in Europa einzuführen. Dieses können wir nicht durch Volkswindismus erreichen. Hoffentlich haben die Deutschen so viel Vernunft, daß sie nicht von einem Extrem in das andere fallen. Das ist selbstverständlich klar. Viele Menschen in England, besonders die Sozialisten, vergessen nicht, was in diesen schrecklichen Jahren geschehen ist. Aber wir haben einen guten Willen. Wenn die Deutschen sich bloß der Provokation enthalten wollen, sollen sie bald Beweise bekommen, daß der Gentleman in England so angesehen und lebendig wie je ist.

Die Schweiz für Deutschlands Ernährung.

Die schweizerische Regierung hat sich bereit erklärt nach Befehl der schweizerischen Volksregierung sicher zu helfen und der deutschen Volksregierung zu diesem Zweck jede Unterstützung angedeihen zu lassen; sie setzt jedoch dabei voraus, daß die gegenwärtige Regierung nicht von einem Regime der Anarchie abgelöst wird.

Vom wahren und vom erlogenen Wilson.

Karlsruhe, 15. November.

Es ging Erstaunen und Verwunderung durch ganz Deutschland, als die Friedensnote der neuen deutschen Regierung ausgerechnet an Woodrow Wilson gerichtet wurde. Als darauf dessen Antwort eintraf, geschah ein zweites Ereignis wider Erwarten: daß diese Antwort keine glatte Ablehnung unseres Gesuches bedeutete. Und als unsere Zustimmung zu seinen Bedingungen so vorbehaltlos erfolgte, da trat zum drittenmale Erstaunen ein, mit daher rührend, daß sich in dieser Zustimmung ein so weitgehendes Vertrauen zu Wilson erkennen ließ.

Weber kommt nun aber das große Mißtrauen, welches im deutschen Volke gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten entstanden ist? Die Antwort auf diese Frage ist einfacher als sonst Probleme, die von diesem Kriege aufgeworfen wurden, zu sein pflegen. Das ungünstige Urteil gegen den Staatsmann von Washington ist das Werk blamabler Verführung und tölpelhafter Ignoranz. Aus dem Menschen Woodrow Wilson wurde ein Unmensch, ein satanischer Dämon, aus dem Politiker ein in die Taschen seiner Person und seiner Klasse arbeitender Verbrecher, aus dem Gelehrten ein dilettantischer Pfuscher und Trottel gemacht. Beteiligt haben sich daran so gut wie alle Wortführer der bürgerlichen Meinungsmacherei: vom letzten Feilenshänder eines Kreisreporterbüros bis hinauf zu den Höhen, von denen die ehemalige ministerielle Weisheit kam, und sekundiert wurden diese Kundgebungen durch die Auslassungen jener Hochschulprominenten, die das intellektuelle Deutschland nicht zum erstenmale in diesem Kriege blamiert haben.

Soweit sich diese Anfeindungen zu politischen Vorwürfen von fester Gestalt formulieren lassen, haben sie etwa folgenden Aussehen. Wilson hat von vornherein die Neutralität durch Zulassung der Waffenexporte gebrochen. Wilson hat den amerikanischen Milliarden durch seine Kriegserklärung an Deutschland die der Entente gebrauchten Gelder retten wollen. Wilson hat sich im Laufe des Krieges unter Ausnutzung der günstigen Konjunktur selbst zum imperialistischen Weltverbreiter und zu einem auf Militärmacht gestützten Despoten entwickelt.

Es ist ein Beweis für die mangelnde politische Bildung, daß man sich in Deutschland den bodenlosen Unsinn des ersten Punktes anschauen ließ. Als ob die lumpigen 9 1/2 Milliarden, welche Amerika zur Zeit der Kriegserklärung der Entente gegen Hauptständer geliehen hatte, in Gefahr waren! Soll einem denn wirklich weisgemacht werden, daß England und Frankreich zusammen keine 9 1/2 Milliarden aufbringen können. Und als ob ein so kaufmännisch denkendes Volk wie die Amerikaner um dieser Bagatelle einen Krieg riskiert hätte, der ihnen möglicherweise das Zwanzigfache kosten konnte! Was den zweiten Vorwurf anlangt, so kann sich Wilson auf wichtige Präzedenzfälle berufen. Wer darf es noch wagen, auf ihn wegen der Zulassung der Waffenexporte einen Stein zu werfen, nachdem das imperialistische Deutschland anno 1912 den Türken und den Italienern, also seinen damaligen Verbündeten, zu ihrer gegenseitigen Bekämpfung Geschütze und Munition in die Milliarden hinein geliefert hat! Wilson der Imperialist? Welche Eroberung strebt er denn für Amerika an? Welche Berechtigung lag denn eigentlich vor an seinem bereits 1916 vorgelegenen Programm: Keine Sieger und keine Besiegten, keine Anexionen und keine Kontributionen! mit dem Einwand zu zweifeln, er wolle Deutschland demütigen? Er war und ist geblieben ein geschickter Feind des Militarismus und er hat dieses System erst dann in der Union eingeführt, als er kein anderes Mittel mehr sah, denn den Teufel durch Beelzebub auszutreiben.

Freilich, schließlich hat er sich zu unseren Feinden gestellt, nachdem man gehofft hatte, er, der die Macht über Krieg und Frieden in seiner Hand hatte, werde sie zur Erzwingung des Friedens gebrauchen. Aber davon rede man lieber nicht viel, ehe man gründliche Notiz von jenen Herrschaften in und außerhalb der damaligen deutschen Regierung genommen hat, die zu der Kriegserklärung der Union einen Beitrag von immerhin einigem Gewicht geliefert haben. Nach allem, was jetzt an den Tag gekommen ist, kann Wilson mit sauberem Gewissen vor den Opfern dastehen, kann er mit mehr Recht zu ihnen sprechen: ich habe keine Schuld, daß ihr leiden und sterben mußtet.

Und will da noch gar ein Reaktionär herkommen und mit Wilson den Vorwurf schleudern, er habe sich unberechtigt in unsere Staats- und Verfassungsverhältnisse eingemischt, so antworten wir ihm mit höhnischem Trotz: Gott sei Dank, daß er dieses getan und Gott sei Dank, daß er wirksam nachgeholfen hat, uns in die neue politische Ära hinüberzuleiten. Denn nachdem das alte politische System in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit entlarvt worden ist, nehmen wir zu einem neuen, besseren unsere Zuflucht, selbst wenn es aus der Hand des Satans käme.

and den...
einer...
Donnerstag...
orgende...
Nord...
Herrmann...
Herrn...
aus...
69...
5932...
envereins...
roben...
innen...
innen...
hanstalt...
fügnier...
Kappure...
hebern...
hebern...

Weitere Thronverzichte.

W. Gotha, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Wie heute den Abgeordneten des Reichstags mitgeteilt wurde, hat Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha gestern dem Thron verzichtet.

W. Schwerin, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Gemäß Beschluß des Ministerrats hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet.

Ständgerichtliche Entscheidungen.

Hannover, 14. Nov. (W. Nichtamtlich.) Ständgerichtlich erschossen wurden in Linden 20 Angehörige der sogenannten „fliegenden Aktion“, die hier zahlreiche Mäubereien verübten. Sie hatten sich des Bahnhofs bemächtigt, von wo aus sie heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Umgebung eröffneten und den Zugverkehr auf mehrere Stunden verhinderten. Eine weitere Anzahl wurde hier festgenommen und steht nach Mitteilungen des Soldaten- und Arbeiterrates ihrer Verurteilung entgegen.

W. Berlin, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Unter dem Vorsteher von Dr. Rieber hat sich ein vorbereitender Ausschuss zur Gründung von Bürgergeräten gebildet und eine Entscheidung gefasst, worin er die Absicht kundgibt, die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren und die Bestrebungen der Reichsregierung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung, sowie des wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen und die gleichmäßige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung zu verlangen.

Geordnete Verhältnisse in Kiel.

Die Lage im Stadtbezirk Kiel gestaltet sich je länger desto ruhiger und geordneter. Größere Ausschreitungen sind nicht mehr vorgekommen. In der ganzen Umgebung, auch in kleineren Ortschaften, haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die Arbeit in Kiel ist nach dem Beschluß der Vertrauensmänner heute wieder aufgenommen worden. Der Lohnausfall wird von den Unternehmern getragen.

Konfiskation der Kronengüter.

Wie verlautet, beabsichtigt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Kronverwalteramt für aufgelöst und das Kronverwalteramt für abgelehnt zu erklären. Die Güter der Krone sollen Nationaleigentum werden.

Das Vorrücken der alliierten Heere.

Saar, 13. Nov. Aus belgischer Quelle wird gemeldet, daß die Alliierten in ihrer gegenwärtigen Stellung noch drei Tage bleiben werden. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vordringen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

Kolonische Truppen überschreiten die deutsche Reichsgrenze. Berlin, 13. Nov. Nachrichten aus dem Osten besagen, daß polnische Truppen die deutsche Reichsgrenze überschritten haben und in Deutsch-Polen einmarschiert sind. Die neue Regierung vernachlässigt, bei der Orientierung Einspruch zu erheben und sich andererseits mit allen zu Schote stehenden Maßnahmen gegen diesen Einmarsch zu wehren. In den Waffenstillstandsbedingungen ist nicht die Rede davon, daß auch die Ostgrenze nicht überschritten werden darf. Infolgedessen besteht bis zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen die Grenze von 1914 und die deutsche Reichsregierung hat keinerlei Grund oder Veranlassung, vor Abschluß des Friedens irgendwelche Grenzänderungen zuzulassen.

W. Berlin, 13. Nov. Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Namen des Volksgenossen des Arbeiter- und Soldatenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preussischen Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverfügt verbleiben sollen. Die preussische Regierung.

W. Berlin, 14. Nov. Einer undener Geheimvertrag. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Mehrere Beziehungen bringen den Text eines angeblichen Memorandums, das ein japanischer Gesandter namens Oda in Berlin übergeben haben soll, und den Text eines in Entwurfe bereits festgestellten Geheimvertrages zwischen Deutschland und Japan. Wir sind von zureichender Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die ganze Meldung von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

W. Berlin, 14. Nov. Entgegen einer gestern gemachten Meldung teilt das „Berliner Tageblatt“ mit, daß der bisherige Staatssekretär Schiffer Staatssekretär im Reichschatzamt wird. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernstein tritt in das Reichschatzamt ein. Das Reichsjustizamt wird Herr v. Krause weiterführen.

W. Berlin, 14. Nov. Nach der Saatgutverfälschung in die Lieferung von Getreide zu Saatwecken nur bis zum 15. November zulässig. Da infolge des allgemeinen Arbeitermangels und der Grippekrankungen die Fertigstellung vielfach noch nicht beendet ist, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes angeordnet, daß Wintergetreide zu Saatwecken noch bis zum 15. Dezember geliefert werden darf.

W. Berlin, 15. Nov. Nach den Beschlüssen des 12. und 13. Nov. beauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt: Dr. Solz; Reichschatzamt: Schiffer; Reichswirtschaftsamt: Dr. August Müller; Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation: Dr. Köth; Kriegsernährungsamt: Emanuel Wurm; Reichsjustizamt: Dr. Krause; Reichspostamt: Küdlin. Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt: Dr. David; Kriegsernährungsamt: Robert Schmidt; Reichschatzamt: Wiesbert. Als Beigeordnete werden den Reichssekretären beigegeben: Auswärtiges Amt: Karl Rautsch;

Reichschatzamt: Eduard Bernstein; Reichswirtschaftsamt: Dr. Erdmann in Köln; Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation: Bauer und Schumann; Reichsarbeitsamt: Rühl; Kriegsministerium: Göhre und Däumig; Reichsmarinamt: Roske und Vogtherr; Reichsjustizamt: Dr. Oster Sohn. Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem kaiserlichen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Belegung des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

W. Bremen, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gestern im Konzerthall der Börse einstimmig folgende Beschlüsse gefasst: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Stadtgebiet übernommen. Der Senat und die Bürgererschaft besitzen nicht mehr. Das Bremer Stadtgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Republik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Ruhe und Ordnung werden gewahrt. Ein jeder gebe seinem Berufe nach. Die Beamten üben auf ihren Posten. Die Behörden werden in ihren Stellen verbleiben. Das Privatvermögen wird geschützt. Minderer werden standrechtlich abgeurteilt.

Branting an Bernstein.

Berlin, 14. Nov. Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteien hat der unabhängige Abgeordnete Eduard Bernstein folgende Antwort von Branting erhalten:

„Der Herr Genosse, Telegramm der 6 Genossen ist sofort an Henderson, Gashin und Vandervele befördert worden in bester Empfehlung. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unter Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Entente-Ländern gegen die erdrückende Verengung der Revolution Deutschlands einleiten wird. Heute melden Zeitungsblätter, daß Wilson und sogar Clemenceau sich gegen unhumane Maßregeln ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird die verhältnismäßige Stimmung noch mehr stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Rahmen der Demokratie auch gegen die Tyrannen von unten klar und fest ausführen möchten.“

W. Zürich, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Der Nationalrat hat beschlossen, daß erst dann Schritte für die Zurücknahme der Truppen erfolgen können, wenn der Generalrat zeitlich aufgehoben ist. Er empfiehlt die Durchführung des sozialen Programms und einen vermehrten Einfluß des sozialen Elements in der Zürcher Regierung.

W. Zürich, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Schweiz. Depeschen-Agentur. Der Nationalrat der Schweiz hat beschlossen, daß die Truppen der Regierungsrates und des Militärkommandos zurückgenommen werden.

Aus der Partei.

Kleinbach, 13. Nov. Der sozialdem. Verein hält am kommenden Samstag, 16. Nov., eine Parteiverammlung im „Ochsen“ ab, wozu alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Kleinbach dringend eingeladen sind. Paragrafen, die neue Zeit erfordert Mut und Geschlossenheit. Wir sind am Ziel, um die Menschheit zu erlösen. Galtet es fest! Kommt alle in die Versammlung!

Der Wiederaufbau der Jugendbewegung.

Die „Arbeiter-Jugend“ gibt in ihren letzten beiden Nummern 20 und 21 einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung. Die Zahl der Jugendausschüsse beträgt danach zurzeit etwa 200. In den kleinen und kleinsten Orten mußte die Bewegung infolge des Mangels an Kräften fast gänzlich eingestellt werden. Auch in den größeren Orten bereiteten die fortgesetzten Einberufungen namentlich der jüngsten Jahrgänge unserer Jugendarbeit ungeheure Schwierigkeiten. Trotzdem ist das Organisationsleben und das Interesse der Jugend an den Veranstaltungen immer noch sehr hoch. Der Verlust der Veranstaltungen wird freilich teilweise durch die Arbeit und Nacharbeit und die damit verbundene starke Ermüdung der Jugendlichen. Auch die noch bestehenden Jugendheime erfreuen sich eines guten Zuspruchs. Sehr bemerkenswert ist die hohe Anteiligkeit der weiblichen Jugend, die zum größten Teil 1/2 bis 3/4 der Gesamtzahl betrug. Ihre Ausgaben geben 70 Jugendausschüsse mit 66 837,68 M. an. Davon entfallen auf Unterhaltungslophen der Jugendheime 26 888,65 M., Bildungsarbeit 17 698,04 M., Agitation 6297,45 M., Körperpflege 1570,34 M. Wiederholt haben die Jugendausschüsse erwidert, übermäßigen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte, wie sie teilweise in der Kriegswirtschaft Platz gegriffen hat, entgegenzuwirken. Auch die Zentrale für die arbeitende Jugend hat sich in dieser Beziehung nach Kräften bemüht und die restlose Wiederherstellung des gesetzlichen Jugendschutzes, der bekanntlich während des Krieges teilweise außer Kraft gesetzt worden ist, gefordert. Es gelang durch diese Bemühungen, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen; aber die völlige Wiederherstellung des Jugendschutzes war bisher nicht möglich. Besser hat sich die Zentrale im Einklang mit den Jugendausschüssen ganz entschieden gegen die Übernahme der verschiedenen Jugendklassen des Generalkommandos (Spargang, Rauchverbot usw.) in die Friedenszeit ausgesprochen. Ebenso wurde die Forderung nach einer Reform des geltenden Jugendrechts erhoben.

Mit dem Wiederaufbau der Jugendbewegung beschäftigen sich in den letzten Wochen Jugendkonferenzen in den Bezirken Groß-Berlin, Magdeburg, Anhalt und Hannover. Ueberall wurde unter lebhafter Beteiligung der Jugend die Gründung fester Jugendvereine beschlossen, weil nur auf diese Weise ein planmäßiges und erfolgversprechendes Arbeiten in der Jugendbewegung möglich ist. Für die Zukunft soll die Schaffung einer Einheitsorganisation für die gesamte arbeitende Jugend Deutschlands angestrebt werden. Jedenfalls ist der letzte Punkt in der Jugendbewegung längst überwunden. Frisches Leben regt sich; neue Kräfte drängen zu neuen Ausdrucksformen. Es muß Eade der erwachenden Arbeiterklasse sein, sich ihrer Jugend tatkräftig anzunehmen und den Wiederaufbau der Jugendbewegung nach Möglichkeiten zu fördern.

Die Bewegung in Baden.

Die Bildung von Beamtenräten.

Die im Verband der Beamten- und Lehrvereine Badens vereinigten Beamten und Lehrer haben der vorläufigen Volksgenossenschaft mitgeteilt, daß sie einen vorläufigen Beamtensrat erwählt und zum Vorsitzenden den Groß-Dezernator Trautmann in Karlsruhe bestimmt haben. Neben die Arbeiter- und Soldatenräte treten hiermit nun die Beamtensräte.

Der Revolutionstag in Bruchsal.

Bruchsal, 14. Nov. Wie wir bereits in einer Nr. berichtet, hat sich Bruchsal der sozialrevolutionären Bewegung angeschlossen. Im einzelnen haben sich die Vorgänge folgendermaßen abgepielt: In der Nacht vom Samstag auf Sonntag bildete sich ein Soldatenrat, die Vertreter der Arbeitererschaft schlossen sich ihm als Arbeitererrat nach in derselben Nacht an, am anderen Morgen erschien schon ein Flugblatt im Hause des Soldatenrats. Um 10 Uhr marschierte der Soldatenrat mit einer großen Anzahl von Mannschaften zum Garnisonstädtchen und stellte ihm Forderungen, welche zum großen Teil bewilligt wurden. Um 11 Uhr fand eine große Demonstration vor dem Rathaus statt. Als Vertreter des Soldatenrats sprach der Soldat Usual welcher zunächst die Forderungen des Soldatenrats vorlas und dann in eingehender Weise die heutige Situation schilderte. Als zweiter Redner sprach der Vertreter der Arbeitererschaft, Gen. Krüger. In verständlicher Weise legte derselbe die Gründe dar, die zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten geführt haben und erläuterte dann eingehend deren Aufgaben. Im Auftrage der kaiserlichen Bevölkerung sprach Herr Wehner ein paar Worte zustimmender Art für die neuen Verhältnisse und mahnte ebenso eindringend wie der Redner zur Ruhe und Besonnenheit. Ruhe und Besonnenheit war auch die Parole für die Red. welche in Vertretung des Arbeiterrates A. Hebe aus Karlsruhe hielt. Seine sonstigen Ausführungen betrafen das alte und das neue Deutschland, wobei der Redner mit eindrucksvollen Worten den Unterschied zwischen unserer Bewegung und dem Bolschewismus betonte und auf Beseitigung der Uebelstände drang, die sich im Krieg herausgebildet haben. Es wurde dann zur Wahl eines Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrats geschritten. Aus der Arbeitererschaft werden gewählt die Genossen Stauber, Krüger, Seidl und Stroka, von dem Bürgertum die Herren Hoffmann, Weigl und Fölsch, von der Landwirtschaft die Herren Schwärmer und Knack.

Die Ernährung der durchziehenden Truppen.

Karlsruhe, 15. Nov. Um die Ernährung der durchziehenden Truppen sicher zu stellen, hat die Militärverwaltung die Militärverpflegungsanstalten und -stationen wieder in Betrieb gesetzt, sowie in den den Rheinbrücken zunächst gelegenen Garnisonen und in einigen weiteren Eisenbahnstationen Lebensmittelvorräte zum Teil schon errichtet, zum Teil ihre sofortige Errichtung in Angriff genommen.

Es kommen folgende Orte in Betracht: Hüningen, Säckingen, Neuenburg, Dreifach, Freiburg, Kenzingen, Dinglingen, Lahr, Egerbach, Korf, Appenweier, Achern, Durmersheim, Rheinsheim, Seckelheim, Mannheim, Heidelberg, Redersbach, Lauda, Immendingen. In den Garnisonorten bestehen größtenteils Lebensmittellager, außerdem werden die Truppenküchen zur Verfügung gestellt. Nützlichfalls werden Feldküchenwagen beigegeben. In den großen Städten können auch die Volksküchen, Kriegsküchen und bezahlenden Ausschüsse leisten. Das rote Kreuz wird bei einigen der rüstlichen Ausgabestellen mitwirken, seine eigene Erfrischungsgelände in Konstanz, Offenburg, Karlsruhe, Bruchsal, weiterberleben und weitere in Müllheim, Cos, Nastatt, Forzheim und Bittlingen einrichten.

Da die Vorräte der Militärverwaltung bei ordnungsmäßiger Verwendung ausreichen, ist hiernach zu hoffen, daß größere Schwierigkeiten vermieden werden. Für möglichst sofortigen Abtransport der durchziehenden Truppen mit der Bahn wird gejorgt.

Die Frage der Volkskirche.

Mannheim, 14. Nov. Der Verwaltungsrat der volksskirchlichen Vereinigung Badens verbreitet sich in einer längeren Darlegung über die Veranlassung der Dringlichkeitsfrage in die Volkskirche und betont, es sei jetzt die Zeit gekommen, seine alten Forderungen durchzuführen. Verlangt wird, eine völlige Um- und Neugestaltung der evangel. Kirche. Die Trennung von Kirche und Staat sei eine in aller nächster Zeit unaufhaltbar eintretende Tatsache. Die Kirche müsse ihre Angelegenheiten nicht nur wie bisher durch ihre Organe frei und selbstständig, sondern auch völlig unabhängig vom Staat ordnen und verwalten. Es müsse wegfallen die Zugehörigkeit zur Kirche durch irgendwelchen äußeren Zwang, auch durch Geburt und Wohnort, sie müsse vielmehr beruhen auf freiwilligem persönlichem Anschluß. Die volksskirchliche Vereinigung fordert weiter, völlige Selbständigmachung der einzelnen Kirchengemeinden in Fragen der „Lehre“, des Kultus und der Finanzen, Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle Mitglieder auch für die weiblichen und Ausbau des ganzen äußeren Kirchengebäudes.

Sagst, 14. Nov. kommenden Sonntag, 17. Nov., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Kanne“ eine öffentliche Volksversammlung statt, zu der die gesamte Einwohnerschaft, Männer und Frauen, freundlich einladen ist.

W. Aue, 14. Nov. Am Mittwochabend fand in der „Wiese“ eine öffentliche Volksversammlung statt, die sehr gut besucht war. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten; auch Frauen hatten sich eingefunden. Der Referent des Monats-Vorberichts, Herr Kurz aus Grödingen sprach über die politische Lage im Reich und in Baden. Er führte den Zustand vor Augen, wie es kam und kommen mußte, daß das so lange, auf Kanonen und Bajonette aufgebaute monarchisch-kapitalistische Deutschland zusammengebrochen ist. In einstündiger Rede behandelte er alle die Vorgänge während des vierjährigen Vorkriegens an der Front, sowie in der Heimat. Lebhafter Beifall am Schluß der Versammlung lohnte den Referenten. Eine Diskussion fand nicht statt. Eine Anzahl Anwesender haben sich dann zur Aufnahme in die Partei gemeldet, sowie zum Abonnement der Parteipresse.

W. Freiburg i. Br., 14. Nov. (Nicht amtlich.) Manneerklärter. Wie die „Freiburger Tagespost“ von zureichender Seite erfährt, sind die Verhandlungen zwischen der badischen Staatsregierung und dem erzbischöflichen Ordinariat wegen Er-

Revolution und Konstituante.

Als das revolutionäre Gewitter am Horizont aufzogen, riefen demokratische Kräfte dazu, den Versuch zu machen, es durch schmerzliche Einberufung einer Konstituante abzumenden. Inzwischen hat sich das Gewitter entladen, der Sturm ist über das Land hingebrochen, und der besetzten Erde lächelt eine neue Sonne. Und siehe da, auf einmal findet man in der ganzen reaktionären Presse den verzweifeltsten Schrei nach der Konstituante.

Gestützt auf eine Volksmeinung, wonach die deutschen Soldaten im Haag und in Brüssel berichtet haben sollen, daß die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine genügend autorisierte und genügend dauerhafte Regierungsgewalt zu finden vermöchten, wird das Schreckbild feindlichen Einmarsches und einer Bedrohung ganz Deutschlands vor Augen gemalt. Unter dem Hinweis auf Rußland wird im Voraus Protest erhoben gegen die Vergeßlichkeit der Minderheiten, gegen die Diktatur eines Teils einer Klasse. Die „Deutsche Tageszeitung“ formuliert sogar schon bis ins Einzelne hinein fünf Forderungen an die neue Regierung, unter denen sich auf dem Papier der „Deutschen Tageszeitung“ am sonderbarsten das Verlangen nach schleunigster Herstellung des Friedens unter Mitwirkung des Reichstags ausnimmt. Weiter wird verlangt, die zweifelsfreie Anerkennung der gleichmäßigen Vertretung des deutschen Volkes, des Reichstags. Derselben Reichstags, den die „D. T.“ nicht oft genug und nicht brutal genug als Sitz aller Flaumaderci, als Herd aller Auslieferung gegen die gottgegebenen Abhängigkeiten denunzieren konnte. Die jahrzehntelang jeden Andersdenkenden mit Gefängnis und Zuchthaus verfolgt haben, verlangen jetzt klare Bürgschaft für Vereins- und Versammlungsrecht, für Pressefreiheit und persönliche Freiheit aller Staatsbürger. Die hartnäckigen Verteidiger der Dreiklassenstände bestehen drauf, daß die neue Regierung sofort das gleiche Recht für alle Staatsbürger unantastbar sichergestellt. Und vor allem kehrt immer die Forderung wieder, daß der Reichstag an den Friedensbedingungen mitwirkte, derselbe Reichstag, dessen Verlangen nach einem Minderheitsrecht über Krieg und Frieden noch vor zwei Monaten diesen reaktionären Artikelstreibern als Sünde und Annahme galt, oder doch von ihnen als solche ausgeschrien wurde.

Wir werden uns durch diese reaktionäre Gewaltpropaganda, die ja heute völlig ohnmächtig ist, weder von der Sicherung der revolutionären Errungenschaften abbringen, noch uns durch das Lob der überwindenen Mächte die Konstituante verlocken lassen. Zunächst gilt es die Ordnung aufrechtzuerhalten, damit nicht ganz Deutschland in ein chaotisches Geand, in Hungernot und Verbrechen verfällt. Selbst ein gutbürgerliches Organ, wie das „Berliner Tageblatt“ erkennt an, daß die Arbeiter- und Soldatenräte ein gutes Werk tun, wenn sie zunächst einmal den Fortgang des sozialen Lebens sicherstellen. Die alten Gewalten sind zusammengebrochen und es bedarf im Augenblick einer neuen Gewalt, um nach dem rasanten Siege der Revolution den inneren Frieden wieder zu gewährleisten. Der alte Reichstag aus dem Jahre 1912 kann dieser Aufgabe unmöglich genügen, und die Wahl der Konstituante kann nicht mitten in der Demobilisation vollzogen werden.

Auf der anderen Seite scheint es uns freilich selbstverständlich, daß die Demokratie die Rechte der Minderheit genau so zu achten hat wie die Rechte der Mehrheit. Die Mehrheit muß entscheiden, und die Minderheit sich fügen. Aber die Minderheit muß die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt in der freiesten Weise überall zu vertreten. Und eine gesetgebende Versammlung, die endgültig die neue Ordnung schafft, muß eine Vertretung aller Deutschen sein, nicht eine Zusammenkunft der Vertrauensleute aus den einzelnen Fabriken und Kasernen. Irrendem geordnetes Wahlverfahren für die Räte, das Gewähr für die gleichmäßige Vertretung aller Meinungen gibt, läßt sich weder schaffen noch auch nur ausdenken. Die Räte sind ein Notbehelf für die Uebergangszeit, die Konstituante im

Reich, im Staat und in der Gemeinde ist das Endziel. Die Soldatenräte werden mit dem Fortschreiten der Demobilisierung ohnedies ihre Bedeutung rasch verlieren. Bei der drohenden großen Arbeitslosigkeit würden weite Kreise der Bevölkerung auch in den Arbeiterräten nicht vertreten sein. Selbstverständlich muß und soll also das deutsche Volk so rasch wie möglich auf geordnete Weise unter Beteiligung aller seiner erwachsenen Männer und Frauen sich eine gleichmäßige und gesetgebende Körperschaft schaffen. Wenn aber die Reaktion auf einmal demokratischen Gutes präsiert, so wehren wir lächelnd ab: ich kenne Dich, Spiegelberg.

Deutsches Reich.

Vorsicht ist besser als Nachsicht.

Unsere Betrachtungen über die harten Waffenstillstandsbedingungen der Entente haben der „Deutschen Tageszeitung“ die Weisheit eingebracht:

„Es wäre besser gewesen, Deutschland nicht erst in die Lage zu bringen, in der ihm jetzt der zurecht noch in Aussicht genommenen nationalen Verteidigung nur noch die Kapitulation übrig blieb.“

Gewiß wäre es besser gewesen, Deutschland nicht erst in diese Lage zu bringen! Aber haben wir denn die Lage herbeigeführt, in welcher der Höchstkommmandierende des Meeres bei der Regierung erschien und auf reichlichen Waffenstillstand drängte. „Das Meer brummt ganz dringend Ruhe“.

Wir lehnen jede Verantwortung für diese Situation ab. Die Sozialdemokratie hat am 4. August 1914 sich freiwillig, dagegen vertritt, irgendwelche Verantwortung für die Politik zu tragen, welche das stolze Deutschland in diesen Kampf mit der ganzen Welt hineingeführt hat. Den Schuldigen daran steht es über, jetzt den Warner zu spielen: es wäre besser gewesen, Deutschland nicht erst in diese Lage zu bringen.

Der Anschluß Oesterreichs.

Wien, 14. Nov. Das soziale Volk meldet: Unterrichtsminister Bauer hat am Volksbevollmächtigten Gaaje folgendes Telegramm gerichtet: Indem ich Ihnen zur Ueberrahme Ihres neuen Amtes in weltgeschichtlicher Stunde herzlich Glückwünsche sende, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Oesterreichs einstimmig beschlossen hat, Oesterreich für eine demokratische Republik zu erklären, die ein Teil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Regierung hat Oesterreich seinen Willen kundgetan, sich mit den anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 52 Jahren gewalttätig getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und direkte Verhandlungen über die Vereinigung Oesterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches einzutreten.

Wir bitten Sie, auch unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken, da sich die neuen slavischen Nationalitätenstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperrten, leiden wir bittere Not an Kohlen und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse, sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in dieser Stunde der Not beistehen wird. Was wir brauchen, ist der zutragende Stelle bekannt. Wir bitten, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrlichen Mittel an Kohlen und Lebensmitteln rasch und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alte Freundschaft und Parteigenossenschaft, die uns verbindet, es uns erleichtern wird, die enge und duernere Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich herzustellen.

Mit herzlichen Grüßen Dito Bauer.

Soziale Rundschau.

Zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit

hat das bayerische Staatsministerium des Innern eine Bekanntmachung erlassen, der wir nach Angaben des „Bav. Landbauvereins“ folgendes entnehmen:

Von der im Staatshaushalt für Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot bereitgestellten Summe von 3 Millionen Mark soll ein Teilbetrag von 1700 000 M für Beteiligung des Staates bei gemeinnützigen Bauvereinigungen verwendet werden. Diese Mittel sollen es ermöglichen, daß der Staat sich an der Schöpfung neuer und an der Ausgestaltung bestehender gemeinnütziger Bauvereinigungen beteiligt, die sich die Förderung des Mietwohnungsbauwerks zur bauerrnden Aufgabe machen und zu diesem Zwecke eine entsprechende Neubautätigkeit entfalten.

Zweck der Beteiligung des Staates soll sein, die Mittel der Bauvereinigungen zu stärken, um die Aufbringung des Teiles des — rentierlichen — Bauaufwandes, der durch die erste und zweite Hypothek nicht mehr gedeckt ist, zu erleichtern und dadurch eine größere Neubautätigkeit zu ermöglichen.

Was die Form der Beteiligung anbelangt, so kann die Beteiligung erfolgen durch Ueberrahme von Geschäftsanteilen, Stammesinlagen, ferner durch Bereitstellung von Baugeldern und zwar durch Ueberrahme von unfindbaren, fest verzinslichen und tilgbaren Schuldverschreibungen der betreffenden Bauvereinigungen oder durch Gewährung von Darlehen.

Diese staatliche Hilfe wird unter folgenden Voraussetzungen und Bedingungen gewährt werden: 1. es muß sich um wirtschaftlich leistungsfähige gemeinnützige Bauvereinigungen handeln, 2. die zur Ausführung vorgesehenen Baupläne müssen in bau- und wohnungstechnischer Hinsicht einwandfrei sein, 3. in der Schöpfung der Bauvereinigungen muß die besondere Berücksichtigung kinderreicher Familien bei Vergabe der Wohnungen vorgeesehen sein.

Bauvereinigungen, die eine Berücksichtigung aus der ersten Hälfte der zur Verfügung stehenden Summe anstreben, haben ihre Gesuche bereits bis 1. November durch Vermittlung der Gemeinde- und Bezirksverwaltungsbehörden vorzulegen.

Die zweite Hälfte der zur Verfügung stehenden Summe wird erst später zur Verwendung kommen, damit aus diesem Teile der Mittel auch Bauvereinigungen berücksichtigt werden können, die mit den Vorbereitungen für die Neubautätigkeit zurecht noch nicht fertig sind. Weiterer Vorlagetermin wird seinerzeit bekanntgegeben werden.

Ausland.

Bern, 14. Nov. Schweizerische Depeschen-Agentur. Der schweizerische Rat beschloß, mit allen gegen eine Stimme Genehmigung der Maßnahmen des Bundesrats beim Generalstreik. Der Bundesrat hatte dem Älteren Aktionskomitee ein Ultimatum bis Mitternacht vom 13. bis 14. November zur Einstellung des Generalstreiks gestellt, widrigenfalls schärfere Maßnahmen ergriffen würden. Das Ältere Aktionskomitee hat den Streik am Mitternacht vom 14. zum 15. November für beendet erklärt.

Warschau, 14. Nov. Die polnische Regierung hat dem Arbeiter- und Soldatenrat nunmehr zum Abtransport der Massen aller deutschen Reichsangehörigen Eisenbahnmateriale unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß dieses für zurückzubehalten wird. Der Abtransport erfolgt möglicherweise schon am 14. November in getrennten Abteilungen. Militärischen Schutz für den Marsch zur Bahn, für den Transport und die Strecke hat die polnische Regierung übernommen.

Hongkong, 13. Nov. Neuer. Eine öffentliche Versammlung hat einstimmig beschlossen, daß die von Hongkong deputierten Deutschen keine Erlaubnis, zurückzukehren, erhalten, daß sie vielmehr nach Hause geschickt werden sollen. Keinem deutschen Untertan soll erlaubt sein, auf eine bestimmte Zeit von Jahren in Hongkong zu wohnen oder dort Handel zu treiben.

aufgehenden Lebensmittelvorräte der kaiserlichen Privatbauverwaltung im Berliner Schloss u. a.: Ich war darauf gefaßt, ein kleines Lager vorzufinden. Aber das dort Gelesene übertraf doch alle meine Erwartungen. Im großen weitzehenden Raumern stand hier alles, aber auch wirklich alles, was man sich überhaupt an Lebensmittelvorräten denken kann. Nein — ich muß mich verbessern, man kann es sich nicht ausdenken, daß nach vier Kriegsjahren noch solch ungeheure Mengen an Lebensmittel aufgespeichert sind. Da finden wir Fleisch auf Eis, ebenso Geflügel, Leinwandstoffe in großen Kästen, blütenweißes Mehl in Säcken bis an die hohe Decke aufgeschichtet, Kleinstoffe mit Schmalz, Kaffee, Tee, Schokolade, Gelees und Konerven jeder Art, aufgeschichtet in unendlich scheinenden Reihen, Sänder von blauen Zuckerkübeln, Hülsenfrüchte, Dörrobst, Nüsse, Zwiebeln, Gewürze usw. usw. Der Wert der Vorräte beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.

London, 14. Nov. Die Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff „Audacious“ längs der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Berliner königlichen Theater auf genossenschaftlicher Grundlage. Im Berliner Opernhaus sowohl wie im Schauspielhaus fanden Versammlungen des gesamten künstlerischen Personals statt, in denen nach dem Vorbild der Arbeitervereine ein Künstlerrat gewählt wurde, der den Auftrag bekommt, sich mit der neuen Regierung in Verbindung zu setzen, über die Fortführung der beiden Theater auf genossenschaftlicher Grundlage. Für das Opernhaus sind in diesen Tagen gewählt worden: die Herren Bled, Fiedler, Lohmer und Dr. Strauß. Für das Schauspielhaus: die Herren Dr. Brud, Mannsüdt und Barry. Der bisherige Generalintendant ist abgelöst worden, zur Klärung der Übergangsverhältnisse mit dem Staatsministerium Fühlung zu nehmen.

Aus aller Welt.

Eine süddeutsche Vogelwarte? Während in Norddeutschland und Oesterreich-Ungarn — von England und Nordamerika gar nicht zu reden — schon mehrfach Vogelwarten zur Erforschung des geheimnisvollen Vogelzugs besichtigt, ist Süddeutschland in dieser Beziehung — wie überhaupt in ornithologischer Hinsicht — bisher in fast beachtender Weise zurückgeblieben, obwohl auch hier die Voraussetzungen für die Anlage einer Vogelwarte durchaus gegeben wären, etwa am Ueberlinger See oder an der oberirdischen Leichplatte. Hier gilt es, eine empfindliche Lücke in der deutschen Wissenschaft auszufüllen, und es soll deshalb jetzt mit der Gründung einer süddeutschen Vogelwarte Ernst gemacht werden. Wenn auch ihre spätere Verwirklichung zu erhoffen ist, so muß sie zunächst auf Vereinigungsgrundlage geschaffen werden. Sie bedarf dazu nach zwei Seiten hin der Unterstützung einmal durch vogelkundige Mitarbeiter, sodann zur Aufbringung der nötigen Mittel durch Freunde der deutschen Wissenschaft überhaupt. Die süddeutsche Vogelwarte denkt namentlich auch das Flugzeug in den Dienst der Vogelzugforschung zu stellen, wobei durch genaues Studium des Vogelzugs wichtige Bereicherungen der menschlichen Flugtechnik zu erwarten sind. Die Grenzen für die Anlage der Vogelwarte sollen überhaupt nicht zu eng gezogen werden, sondern z. B. auch Jagdzoologie, Städtlingsbekämpfung, Gewinnung von Schmucksteinen durch Luft u. a. m. umfassen. Der bekannte Zoologe Dr. Kurt Floericke, Stuttgart, ob. Birkenwaldstr. 217, der in den Jahren vor dem Krieg die deutsche Naturhistorische Bewegung mit so glänzendem Erfolg ins Leben rief, hat die Sache in die Hand genommen und bildet alle, die dem können, wissenschaftlich und praktisch gleich wichtigen Unternehmen Teilnahme entgegenbringen, ebensolcher mit ihm in Verbindung zu treten. Er wird dann in einigen Wochen die sich meldenden Interessenten zu einer Versammlung einberufen, auf der hoffentlich die süddeutsche Vogelwarte aus der Taufe gehoben und damit mitten im Krieg eine neue deutsche Kulturart geschaffen werden kann.

Warum noch Klassen auf der Eisenbahn? Dem „Kühnheit“ („Deutscher Wille“) wird geschrieben: „Die höchste Klasse im Reich und in Preußen hat längst erklärt, die Zeit für die Unterdrückung verschiedener Klassen von Bürgern ist

auch ihrer Meinung nach endgültig vorbei. Dem Wahlrecht nämlich. Warum geschieht nicht auch auf den Eisenbahnen etwas, um die „Klassen“, um die Unterdrückung zwischen „Besseren“ und „geringeren“ Reisenden aufzuheben? Nach wie vor wird die Schaar der Eisenbahnbenutzer sorgfältig nach der Größe des Geldbetrags in Reihende von vier verschiedenen Klassen eingeteilt. Dabei kann bekanntlich nicht einmal davon die Rede sein, daß die Eisenbahnbehörde bei der besseren Ausstattung, die sie für höhere Geld in den oberen Klassen gibt, ein gutes Geschäft mache. Im Gegenteil: die untern Klassen müssen immer noch durch ihren Ueberfluß die zweite und erste Klasse mitbezahlen, das heißt, die weniger Wohlhabenden werden teurer transportiert als nötig wäre, damit die Reichen billiger fahren können, als sie in Anbetracht der größeren Bequemlichkeit, die sie genießen, eigentlich müßten. Wirklich ein sozialer Sonderbarer Schlimm der Besteuerung, diese Besteuerung im umgekehrten Verhältnis zur Leistungsfähigkeit! Besonders dringend wäre jetzt der Anlaß, dem ein Ende zu machen. Welch schlechter Eindruck macht es auf die Reisenden dritter und vierter Klasse, wenn sie sich drängen und quetschen, ja vielleicht stundenlang stehen müssen, während die Wohlhabenden, etwa die Kriegsgewinner, trotz aller Nöte der Kriegszeit, in halb leeren Abteilen erster Klasse dahinschlendern! Ist nicht in der zweiten Klasse der Schnellzüge, fast immer in der ersten bei gleichzeitiger Ueberfüllung der dritten Klasse Plätze frei und bleiben es auch. Wenn kommt endlich der Eisenbahnverwaltung, der mit diesem Uebelstand aufträumt, und wann kommt einmal derartige Volkserhebung, die es versteht, daß sie ihre eigenen Unzulänglichkeiten, überbesetzten Plätze erster Klasse bei dieser Reform allerdings verliert würde? Wenn dafür dann noch dem Krieg an der Breite der Schnellzugspäße dritter Klasse ein paar Zentimeter abgezogen würden, bis die Breite der jetzigen Plätze zweiter Klasse erreicht ist, so würde das die Bequemlichkeit des Reisens sehr wesentlich und an dem einzigen Punkte verbessern, wo in Deutschland das Personenbeförderungsvermögen der Eisenbahnen vor dem Krieg noch einen ernsthaften Mangel erkennen ließ, ohne daß dem Eisenbahnfiskus seine Ueberflüsse dadurch gekürzt würden.“

Wie Majestäten durchhalten. In einer Skizze betitelt „Wie wir durchhätten“ schreibt Wilhelm Carl in der „Volksstimme“ über die

hütung einig werden Kapu Zell a. D. Freiburg ec. Was das gener, der Götten nicht waffe Gebra...
 Zur...
 Nach me...
 Opfer zeben...
 gebiet, dem...
 Schrecken de...
 Geamt, den...
 für ist. De...
 am besten d...
 rung von U...
 de Truppen...
 An...
 Auf...
 Die S...
 ft für a...
 Arbeiter-...
 verwaltung...
 richtung u...
 wehr üb...
 dient in...
 standsbed...
 geräumt...
 Auf...
 1. Die S...
 auf 10...
 2. Die U...
 der U...
 3. Den...
 gelder...
 4. Die...
 vertra...
 5. Die...
 der U...
 6. Für d...
 Dord...
 und n...
 gegeng...
 Wir...
 Patrouille...
 sich für d...
 Karl...
 Der...
 Der...
 Si...
 Die B...
 Sandta...
 in Karlsru...
 Mil...
 Wiederb...
 ausgeschlo...
 Stride...

...ung einiger Männer... zum Abbruch... langst. Es werden Kapuziner an die Wallfahrtskirche in Waghäusel...

ec. Dabshut, 15. Nov. Ein russischer Kriegsgefangener, der durch brennt war und auf Anruf des militärischen...

ur Besetzung... des Staates... Die... der Sch... emetmüßiger... es Kleinwoh... riezigen Zweck...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. November.

Aufruf an die Bevölkerung.

Nach mehr als vier Jahren kühner Kämpfe und zahlloser Opfer stehen unsere Truppen über den Rhein in das Heimatgebiet, dem sie durch ihren beispiellosen Heldennut die Schweden des Krieges ferngehalten haben. Nun gilt es für die Heimat, den Truppen zu beweisen, daß die Heimat dafür dankbar ist. Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Ihr Wille das am besten dadurch, daß Ihr Euch durch bereitwillige Gewährung von Unterkunft und Verpflegung an der Fürsorge für die Truppen beteiligt. Gebe jeder nach seinen Kräften, steuere...

er sei, was er erübrigen kann. Die Soldaten werden Euch Dank dafür wissen.

* Truppendurchmarsch. Seit Donnerstag früh fahren in gewissen Abständen die mächtigen militärischen Konvois, fast durchweg mit österreichischen Truppen besetzt durch die Kaiserstraße in der Richtung Durlach-Pforzheim. Die Autos, mit keinen Kanonen, Mörsern, Maschinengewehren und Feldstücken beladen, mancherorts auffallenweise auch leer, geschmückt mit Lannentriern, haben ihren Weg von der Front durch die Pfalz genommen und bei Waghau die Rheinisch-Pfälzische passierten. Die Truppen wurden von dem die Hauptstraße passierenden Publikum mit lebhaften Zurufen begrüßt. Auch mit der Eisenbahn sind schon zahlreiche Truppen hier angekommen, einige Soldaten haben sogar den Weg von der Front per Rad zurückgelegt. Wir sprachen einen von ihnen, der uns erzählte, daß er zwei Tage unterwegs sei.

Entscheidung in der Sache Klumpp. Der frühere Sekretär und jetzige Matrose Klumpp, der wegen des unbefugten Eindringens in das Schloß am Mittwoch morgen standesrechtlich abgerufen worden sollte, ist in eine Geiselanstalt gebracht worden. Es war durch seine Angehörigen ein Gnadengeuch eingereicht worden mit Darlegungen, daß in der Familie des Klumpp Fälle von Geisteskrankheit zu verzeichnen seien. Daraufhin hat das Standgericht in dem vorerwähnten Sinne entschieden.

Starke Zugangsbeschränkungen. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß zur Durchführung der Demobilisation bedeutende Zugangsbeschränkungen nötig werden. Für die nächsten Tage müsse sogar mit einer völligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs gerechnet werden.

Weserfische Beschränkung. Am vergangenen Sonntag nachmittag gerieten auf der Straße nach Gagfeld beim Hauptbahnhof mehrere Hausierer und Schirmhändler, die vorher in einer Wirtschaft in Gagfeld zechten, in dessen Ver-

lauf ein Hausierer aus Degerheim durch einen Stich in die Brust getötet und ein Schirmhändler aus Gagfeld durch einen Stich in Kopf und Lunge schwer verletzt in das städt. Krankenhaus verbracht wurde. Einer der Täter und eine Hausiererin wurden festgenommen.

Hoftheater. Wie die „Badische Landeszeitung“ vernimmt, machen sich an unserer Hofbühne Bestrebungen bemerkbar, das Karlsruher Theater, wie dies in Berlin und München schon der Fall ist, auf einen genossenschaftlichen Boden zu stellen.

Briefkasten der Expedition.

A. B., Söllingen. Briefpost geht seit 12. d. M. nur noch an Logaretinassen und an Garnison-Bezieher ab.

Wasserstand des Rheins.

Säufertinsel 90 Zentimeter, gest. 4 Zentimeter; Neß 1,63 Meter, gest. 10 Zentimeter; Waghau 3,24 Meter, gest. 3 Zentimeter; Mannheim 2,21 Meter, gest. 5 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kappel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Klump. (Soz. Verein.) Samstag abend 8 Uhr Versammlung im „Zähringer Löwen“. Parteigenossen und Volksgenossen, erscheint vorgeschrieben. 631 5 Der Vorstand. Durlach. Morgen Samstag abend 1/2 8 Uhr im „Lamm“ Partei- und Gewerkschaftsversammlung. Tagesordnung: Erweiterung des Arbeiterrats. 5644 Arbeiterturnerbund, 3. Bezirk. Sonntag, 17. November, nachm. 1/2 8 Uhr, im Lokal zur „Traube“ in Wulach Bezirksturnerturne mit Sitzung. 5633 Gagfeld. (Soz. Verein.) Sonntag nachmittag 3 Uhr in der „Kanne“ öffentliche Volksversammlung. Bruchsal. Kommen Samstag abend 8 Uhr im Gasthaus zur „Neuen Sonne“ Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Pünktliches Erscheinen erwünscht. 5643

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe.

Aufruf zur Volkswehr!

Die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt ist für alle Bürger die erste Forderung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit der Stadtverwaltung und dem Bezirksamt über die Errichtung einer Volkswehr geeinigt. Die Volkswehr übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, da durch die Waffenstillstandsbedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß.

Aufbau und Organisation.

- 1. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst bis auf 1000 Mann gebracht werden. 2. Die Organisation der Volkswehr übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat. 3. Den ständigen Mannschaften werden Tagelöhner von 10.— Mk. bewilligt. 4. Die Einstellung der Mannschaften erfolgt vertraglich mit 14 tägiger Kündigung. 5. Die Volkswehr hat die Rechte und Pflichten der staatlichen Polizeimannschaften. 6. Für die Anmeldung zur Volkswehr werden Vordrucke auf den Polizeiwachen ausgegeben und nach Ausfüllung daselbst wieder entgegengenommen.

Wir fordern waffenkundige, zum Wach- und Patrouillendienst geeignete junge Männer auf sich für die Volkswehr zu melden.

Karlsruhe, 14. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

Der Stadtrat: Siegrist. Bezirksamt und Polizeidirektion: Weigel.

Die Badische Landwirtschaftskammer

beranstaltet am Samstag den 16. November d. J., vormittags halb 10 Uhr

Milchkühe u. Ziegen

Wiederverkäufer und Händler sind von der Abgabe ausgeschlossen. Stride sind mitzubringen. 5635

Volks-Versammlung

heute Freitag Abend 8 Uhr im städtischen Konzerthaus.

Die Revolution in Deutschland und in Baden.

Jedermann ist eingeladen. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Karlsruhe, den 12. November 1918. In einer Besprechung des Vorstandes des Arbeiterrates nebst zwei Vertretern des Soldatenrates mit dem Bezirksamt wurde der Beschluß gefaßt, daß zur Durchführung des Sicherheitsdienstes und einer einheitlichen Durchführung der notwendigen Maßnahmen ein Mitglied des Arbeiterrates und ein Mitglied des Soldatenrates zur ständigen Mitarbeit bei der Polizeidirektion bestimmt werden. Die noch beim Militärdienst tätigen früheren hiesigen Schutzmänner sollen sofort angefordert werden, damit der Sicherheitsdienst besser durchgeführt werden kann. In Bezug auf den Sicherheitsdienst und um die Ruhe und Ordnung durchzuführen, unterstellt sich das Bezirksamt den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und unterstellt dieselben. Alle anderen sich ergebenden Fragen sollen durch gegenseitige Aussprache zur Verständigung führen. Der Arbeiterrat: Dörter. Erb. Der Soldatenrat: Weser. Das Bezirksamt: Gut-Bender. Weigel.

Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats Bruchsal.

Wir machen die Einwohnerschaft darauf aufmerksam, daß wir auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, eine Beschwerde- und Ansuchenstelle errichtet haben, wo Beschwerden und Anträge über die Lebensmittelversorgung, Bedarfsgegenstände usw. entgegengenommen werden. Sprechstunden: Werktags von 4 bis 6 Uhr. Bruchsal, den 14. November 1918. 5642 Der Arbeiter- und Soldatenrat. Staiber.

Bruchsal.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl Arbeiter bei hoher Bezahlung. Anmeldungen Rathaus Zimmer Nr. 8. 5622 Soldaten- und Arbeiterrat. Staiber.

Wir suchen zuverlässige Zeitungsträgerinnen oder Träger

zum 1. Dezember. Buchdruckerlei und Verlag des Volksfreund. Luisenstraße 24. 4701

Berordnung

(vom 12. November 1918) Ablieferung von Waffen betr. Bei den Umwälzungen in den letzten Tagen sind vielfach Waffen und Munition aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt. Es wird daher verordnet: § 1. Alle Waffen und alle Munition, die aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind, sind innerhalb 3 Tagen bei dem zuständigen Bürgermeisteramt, in den Städten mit Staatspolizei beim Bezirksamt, abzuliefern. § 2. Bei rechtzeitiger Ablieferung wird unbedingte Straffreiheit zugesichert. § 3. Personen, die nach Ablauf der Frist noch im Besitze von Waffen und Munition der obengenannten Art betroffen werden, werden mit Gefängnis bestraft. § 4. Jeder widerrechtliche Gebrauch von Waffen und Munition wird nach den bestehenden Strafgesetzen unter Umständen also mit dem Tode bestraft. § 5. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. (gez.) Weigel.

Fleisch.

In der laufenden Woche kommen zur Verteilung 175 g Fleisch gegen 8 Beihnel Fleischmarken und 50 g Wurst gegen 2 Beihnel Fleischmarken. Karlsruhe, den 14. November 1918. 5639 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bad. Landesauskunft für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Die Beratungsstunden für Säuglinge und Kleinkinder beginnen wieder am Dienstag, den 19. November 1918. 5641 J. A.: Frein v. Babo, Fürsorgegeschwester.

Aushilfs-Kellnerinnen und Spülfrauen

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht. Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr. Städt. Arbeitsamt. Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe. Zähringerstraße 100. 4701

